

**Auszug aus der Niederschrift
über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 31.01.2019**

Zu TOP : 9.5

**Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Fraktion LINKE offene Liste, Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0006/2019**

Frau Kühl stellt den Änderungsantrag der Fraktion Linke offene Liste vor:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ab sofort und bis zunächst zum 31.12.2019 für Maßnahmen mit Baubeginn ab dem 01.01.2018 keine weiteren Erhebungsbescheide zu versenden.

Frau Kühl erläutert, dass mit diesem Antrag zunächst eine Entscheidung der Landesregierung abgewartet werden sollte.

Herr van Slooten berichtet, dass die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen wird, da die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden ist. Es kann der Verwaltung nicht vorgegeben werden, rechtswidrig zu handeln.

Frau von Allwörden stimmt den Ausführungen von Herrn van Slooten zu. Die Straßenausbaubeiträge sind zum 01.01.2020 abgeschafft. Es wird eine Übergangsregelung ab dem ersten Spatenstich ab 01.01.2018 geben. Daher wird die CDU/FDP-Fraktion eine Beschlussfassung des Antrages ablehnen.

Herr Haack teilt mit, dass die Fraktion BfS Mit Antragsteller war, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt dem Antrag ebenfalls nicht mehr zustimmen kann, da seitens der Landesregierung zwischenzeitlich Gesetzesänderungen vorgenommen wurden.

Frau Kühl zieht sowohl den Antrag AN 0006/2019 als auch den Änderungsantrag zurück.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Gremiendienst

Stralsund, 14.02.2019